



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



Brüssel, den 13. Mai 2006
9337/06 (Presse 139)
(OR. en)

II. GIPFELTREFFEN EU - ZENTRALAMERIKA am 13. Mai 2006 in Wien, Österreich

Gemeinsames Kommuniqué

1. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), vertreten durch die Troika, und Zentralamerikas sind am 13. Mai 2006 in Wien, Österreich, zusammengekommen. Sie bekräftigten ihr Engagement für den Ausbau der Beziehungen zwischen den Regionen, deren Grundlage der 1984 in Costa Rica eingeleitete Dialog von San José darstellt. Sie erkannten an, dass der biregionale Dialog bei der Schaffung von Frieden und Demokratie in Zentralamerika, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie dem Integrationsprozess in der Region eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.
2. Unter Hinweis auf das gemeinsame strategische Ziel der Erklärung von Guadalajara und angesichts der positiven Ergebnisse der mit Zentralamerika durchgeführten gemeinsamen Bewertung der regionalen Wirtschaftsintegration begrüßen wir den Beschluss der Europäischen Union und Zentralamerikas, Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen und die Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen.

P R E S S E

Zentralamerika hat seine Absicht bekräftigt, die von den zentralamerikanischen Staatschefs am 9. März 2006 in Panama gefassten Beschlüsse wie geplant umzusetzen, die Ratifizierung des zentralamerikanischen Investitions- und Dienstleistungsabkommens anzustreben und einen Rechtsprechungsmechanismus zu entwickeln, mit dessen Hilfe das regionale Wirtschaftsrecht in der gesamten Region durchgesetzt werden könnte.

Wir begrüßen die Einbeziehung Panamas in diesen Prozess. Die Parteien stellen fest, dass das Land nach einem förmlichen Beschluss über seine Teilnahme am Wirtschaftsintegrationsprozess in Zentralamerika, SIECA, aktiv an den Verhandlungen beteiligt wird.

Die betroffenen Parteien streben gemeinsam den Abschluss eines umfassenden Assoziationsabkommens an und sehen einem raschen Verhandlungsablauf sowie einer effizienten Umsetzung des künftigen Assoziationsabkommens erwartungsvoll entgegen. In dieser Hinsicht würdigen die Parteien die Bedeutung der im Rahmen der gemeinsamen Bewertung durchgeführten Vorbereitungsarbeiten für die Verhandlungen.

3. Die Staats- und Regierungschefs hoben die Schlüsselbereiche hervor, die unter das am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnete Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit fallen. Sie begrüßten, dass dieses Abkommen von einer Reihe von Staaten ratifiziert wurde, und wiesen erneut darauf hin, wie wichtig eine baldige Umsetzung des Abkommens ist.
4. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die wichtige Rolle des Systems der Vereinten Nationen. Sie begrüßten die Erfolge des Gipfeltreffens der Vereinten Nationen vom September 2005 und bestätigten ihre Absicht, gemeinsam auf die vollständige Durchführung der auf dem Gipfel vereinbarten Reformen hinarbeiten. Sie begrüßten in diesem Zusammenhang insbesondere die Einsetzung einer Kommission zur Friedenskonsolidierung und des Rates für Menschenrechte. Die Staats- und Regierungschefs bekundeten erneut ihre Bereitschaft, durch ein konstruktives Engagement für gemeinsame Antworten auf die wichtigsten Entwicklungs- und Sicherheitsprobleme einen entschiedenen Beitrag zu leisten.

Sie bestätigten, dass die Achtung der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte für alle, einschließlich der Rechte und Grundfreiheiten der eingeborenen Bevölkerungen, der Schutz der Menschenrechtsverteidiger und die Abschaffung der Straflosigkeit Grundvoraussetzungen für Fortschritte in diesen Bereichen darstellen. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit, eng zusammenzuarbeiten, um einen effizienten Multilateralismus zu fördern und die friedenserhaltenden und friedentiftenden Fähigkeiten der VN zu stärken.

Außerdem wiesen sie erneut auf ihre Verpflichtung hin, gegen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit, u.a. die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus, vorzugehen.

5. Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die Konsolidierung des demokratischen Prozesses in den zentralamerikanischen Ländern. Die jüngsten Wahlen in Zentralamerika haben gezeigt, dass diese Region sich entschlossen zur Demokratie und zu ihren Werten bekennt. Wir bestätigen unsere Bereitschaft, durch die Förderung transparenter, umfassender staatsbürgerlicher Wahlen die demokratischen Werte in Zukunft weiter zu fördern.
6. Die Staats- und Regierungschefs erkennen an, dass im Energiesektor eine engere regionale und internationale Zusammenarbeit notwendig ist. In diesem Zusammenhang betonen sie, dass es dringend erforderlich ist, die durch die hohen Ölpreise verursachten ernststen Schwierigkeiten in ihren Volkswirtschaften anzugehen, und bestätigen, dass sie sich entschlossener für stärkere Maßnahmen zur Förderung einer effizienten Energienutzung insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Zusammenarbeit und Investitionen in erneuerbare Energiequellen einsetzen.

In dieser Hinsicht begrüßen sie die Bemühungen um Initiativen zur Zusammenarbeit und zur Integration der Energiemärkte sowie zur Förderung von an das Verbundnetz angeschlossener erneuerbarer Elektrizität und von Biokraftstoffen in Zentralamerika.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die Anregung Finnlands, die Teilnahme an dem Treffen über die Initiative für eine Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika zu fördern, das im zweiten Halbjahr 2006 in Panama stattfinden soll.

7. Die Staats- und Regierungschefs erkannten an, dass Zentralamerika in hohem Maße Naturkatastrophen ausgesetzt ist, und vereinbarten zusammenzuarbeiten, um die Vorbereitung auf Katastrophen und ihre Verhütung durch den Austausch von Erfahrungen und die rasche Verbreitung neuer bewährter Vorgehensweisen insbesondere im Bereich der Beobachtung und Frühwarnung, des lokalen Aufbaus von Kapazitäten und der Reaktion zu verbessern.

8. Die Staats- und Regierungschefs betonten erneut die Bedeutung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen, mit der ein engerer sozialer Zusammenhalt, einschließlich einer verantwortungsvollen Staatsführung, sowie eine vertiefte regionale Integration in Zentralamerika erreicht werden sollen. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die gemeinsame Erklärung der EU über den "Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik", in der die Beseitigung der Armut im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Weiterverfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele, in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit der EU gestellt wird und die für alle Entwicklungsländer gilt.

Außerdem nahmen die Staats- und Regierungschefs die Fortschritte bei der Regionalstrategie für Zentralamerika für die Zeit von 2007 bis 2013 zur Kenntnis, die den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integrationsprozess im Rahmen des künftigen Assoziationsabkommens unterstützen wird. Beide Seiten vereinbarten, die Ergebnisse der gemeinsamen Bewertung der regionalen Wirtschaftsintegration, die die gemeinsame Ad-hoc-Gruppe 2005 und 2006 durchgeführt hat, u.a. bei der Festlegung der spezifischen Kooperationsmaßnahmen mit Bezug auf die regionale Integration, zu berücksichtigen, wobei der Initiative zur Harmonisierung und Angleichung der Zusammenarbeit Rechnung zu tragen ist.

9. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Veranstaltung des zentralamerikanischen Forums über Harmonisierung und Angleichung am 10. Mai 2006 in Wien und betonten, wie wichtig dieses Forum für die Integration und eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der Region ist, wobei hervorgehoben wurde, dass die Koordinierung und Harmonisierung der Entwicklungsbemühungen im Einklang mit der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vorangetrieben werden muss.
10. Beide Seiten bekräftigten, wie wichtig die Beteiligung der Zivilgesellschaft am regionalen Integrationsprozess ist. Dabei begrüßten sie, dass in Honduras in Koordination mit dem Beratenden Ausschuss des Systems der Zentralamerikanischen Integration künftig ein zweites Europäisch-Zentralamerikanisches Forum der Zivilgesellschaft über regionale Integration stattfinden wird.
11. Die Staats- und Regierungschefs beider Regionen vereinbarten eine weitere Ministertagung im Jahre 2007 und ein Gipfeltreffen anlässlich des V. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas und der Karibik 2008 in Peru.